

N i e d e r s c h r i f t

**der 30. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 21.03.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:05 Uhr bis 17:22 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	Teilnahme ab 16:16 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	Teilnahme ab 16:08 Uhr
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 16:08 Uhr
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	Teilnahme ab 16:26 Uhr
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	Teilnahme ab 16:15 Uhr
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Herr Stefan Richter	Verwaltung	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	Teilnahme für Herrn Willecke
Frau Christine Hock	Verwaltung	
Frau Anja Schneider	stellv. Protokollführerin	

Entschuldigt fehlen:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	
Herr Steffen Drenkelfuß	Verwaltung
Herr Thomas Willecke	Verwaltung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 30. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Bürgermeister Geier** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bürgermeister Geier bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.1 Stadtbahnprogramm Halle '25 Stufenbeschluss zur Stufe 1
Vorlage: V/2012/10404
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 5.2 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 (BEP 2012)
Vorlage: V/2011/10219
gleiche Voten in den Fachausschüssen
- TOP 6.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstücksverkauf für investive Maßnahmen an Schulen
Vorlage: V/2012/10476
im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.03.2012 vertagt
- TOP 6.2 Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011
Vorlage: V/2012/10468
im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.03.2012 vertagt
- TOP 8.1 Umsetzung Konjunkturprogramm II - Bericht zum Verwendungsnachweis der Maßnahmen
es liegt kein neuer Sachstand vor
-

Zudem informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass zum TOP 8.2

Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10489

zwei Ergänzungsblätter vorliegen.

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.02.2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 22.02.2012 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 *Stadtbahnprogramm Halle 25 Stufenbeschluss zur Stufe 1*
Vorlage: V/2012/10404 *abgesetzt*
- 5.2 *Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 (BEP 2012)*
Vorlage: V/2011/10219 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 *Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Verwendung von Erlösen aus einem Grundstücksverkauf für investive Maßnahmen an Schulen*
Vorlage: V/2012/10476 *abgesetzt*
- 6.2 *Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011*
Vorlage: V/2012/10468 *abgesetzt*
- 6.3 *Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration*
Vorlage: V/2012/10372
- 6.4 *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse und der Hauptsatzung des Stadtrates*
Vorlage: V/2012/10437
- 6.5 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beratung von Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und Umweltangelegenheiten*
Vorlage: V/2011/10247

- 6.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362
- 6.6.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis ´90/Die Grünen zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" (V/2010/09362)
Vorlage: V/2011/10191
- 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1 *Umsetzung Konjunkturprogramm II - Bericht zum Verwendungsnachweis der Maßnahmen* *abgesetzt*
- 8.2 Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10489
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.02.2012

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 29. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 22.02.2012.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 22.02.2012 gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.3 Antrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration Vorlage: V/2012/10372

Es gab keine Wortmeldungen.

geänderter Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im I. II. Quartal 2012 eine Arbeitsgruppe einzusetzen, welche die durch die Stadtverwaltung geplante Einführung eines Indikatorensystems im Bereich Integration begleitet. Beteiligt werden sollen InteressenvertreterInnen von Menschen mit Migrationshintergrund, der Stadtrat und die Fachämter der Stadtverwaltung, insbesondere die Bereiche Personal, Wirtschaftsförderung, Bürgerservice, Jugendhilfe und Sozialplanung.*
2. *Das Gremium wird damit beauftragt, an der Entwicklung und Fortschreibung der Indikatoren mitzuwirken und über Verbesserungsbedarf und -maßnahmen zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu beraten.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

**zu 6.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur
Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse und der
Hauptsatzung des Stadtrates
Vorlage: V/2012/10437**

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass er den vorliegenden Antrag sowie die Begründung dessen nur begrenzt nachvollziehen könne. Seines Erachtens wurde hierbei allerdings nur ein geringer Teil des Umweltbereiches berücksichtigt. Bei Zuordnung des Bereiches Umweltangelegenheiten an den Ausschuss für Planungsangelegenheiten kommen folgende weitere Punkte hinzu:

- Immissionsschutz,
- Lärmschutz,
- Lärmaktionsplanung,
- Abfall- und Wasserangelegenheiten,
- Wohnschutz,
- Naturschutz,
- Baumschutz,
- Umweltinformation und
- Umweltvorsorge

Diese Punkte hängen nicht zwingend mit der Fachplanung zusammen. Sie werden im Rahmen der Planung zwar berücksichtigt, seien aber als eigenständige Themen zu behandeln. Insofern wäre die Übertragung des gesamten Umweltbereiches an den Ausschuss für Planungsangelegenheiten seines Erachtens ein Rückschritt, da bestimmte Themen, wie z. B. Naturschutz, Baumschutz, Wohnschutz usw. nur noch rudimentär behandelt werden.

Darüber hinaus sei die Arbeitsbelastung im Ausschuss für Planungsangelegenheiten äußerst hoch. Der Ausschuss habe sich eine Selbstverpflichtung gegeben, einmal im Monat für drei

Stunden zu tagen. Demzufolge sei absehbar, dass bei Zuordnung des Umweltbereiches keine adäquate Behandlung erfolgen könne.

Aus vorgenannten Gründen bat **Herr Paulsen** darum, den Antrag abzulehnen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung des Antrages bis Anfang nächsten Jahres. Er begründete dies damit, dass in wenigen Monaten die Oberbürgermeisterwahl in der Stadt Halle stattfindet und davon auszugehen sei, dass der neu gewählte Oberbürgermeister u. a. strukturelle Veränderungen vornehmen werde. Diese sollten abgewartet und dann bei Bedarf der Antrag erneut beraten werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., nannte die Gründe für die Einbringung des Antrages seiner Fraktion. Diese resultieren aus einer Diskussion im Ausschuss für Planungsangelegenheiten. Die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses für Planungsangelegenheiten haben der Zuordnung des Umweltbereiches zugestimmt, da im Zuge des Planfeststellungsverfahrens der Baumschutz, Lärmschutz usw. inhaltlich zusammengreifen und Bestandteil der Diskussionen seien.

Zudem werde nach Auffassung seiner Fraktion der Bereich Umwelt im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten nicht zwingend nachhaltiger beraten. Ebenso halte man die vorgeschlagene Ausschussstruktur, die bereits in der Form jahrelang Bestand hatte, für zweckmäßig.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, gab bekannt, dass er den vorliegenden Antrag nachvollziehen könne und eine Änderung dahin gehend erforderlich sei. Damit sei aber seines Erachtens auch aufgrund der Selbstverpflichtung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten eine detaillierte Berücksichtigung aller Umweltbelange nicht gegeben.

Aus diesem Grund habe seine Fraktion entsprechend des TOP 6.5 den Antrag eingebracht, Bebauungspläne im Hinblick auf ihre Umweltverträglichkeit im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu beraten.

Hinsichtlich des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Bönisch teilte **Herr Wolter** mit, dass er diesem durchaus zustimmen könne, um die angedachten Veränderungen des neuen Oberbürgermeisters vorerst abzuwarten.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging auf die Wortmeldung von Herrn Dr. Meerheim ein und entgegnete, dass es nicht hilfreich sei mit Ausschusszuordnungen vergangener Zeiten zu argumentieren. Schließlich werden die Bereiche Umwelt und Ordnung bereits seit ca. 8 Jahren gemeinsam im Ausschuss beraten.

Des Weiteren könne nicht der Ausschuss für Planungsangelegenheiten festlegen, welche Bereiche ihm zugeordnet werden, zumal im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten darüber nicht beraten wurde.

Anschließend zitierte **Herr Paulsen** aus der Begründung des Antrages:

„Die Arbeit im bisherigen Ausschuss für Planungsangelegenheiten hat gezeigt, dass Fragen des Naturschutzes, der Umwelt und des Immissionsschutzes immanenter Bestandteil bei Bauleit- oder Verkehrsplanungen sind ...“

Dies wäre zwar korrekt, allerdings seien die genannten Bereiche auch eigenständige Themen und müssen dementsprechend separat beraten werden. Zudem befasse sich der Umweltbereich mit einer Vielzahl weiterer Themen. Die Zuordnung des Bereiches Umwelt in

den Ausschuss für Planungsangelegenheiten würde seines Erachtens zu einer verkürzten und nicht nachhaltigen Behandlung dieser Themen führen.

Aus vorgenannten Gründen könne er den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Bönisch auf Vertagung nur teilweise nachvollziehen. Er halte die Intention des Antrages grundsätzlich für den falschen Weg.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, machte deutlich, dass ein solcher Beschluss insbesondere auf die Ausschussmitglieder und sachkundigen Einwohner Auswirkungen habe. Es würden Diskussionen über die personelle Besetzung der Ausschüsse entstehen.

Aufgrund dessen sollte die Oberbürgermeisterwahl abgewartet werden, um dann neue Strukturen dauerhaft regeln zu können.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass er dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Bönisch zustimmen könne und stellte den Antrag seiner Fraktion zurück. Die erneute Einbringung sollte allerdings nicht auf Anfang nächsten Jahres festgesetzt werden. Dies werde erfolgen, wenn seine Fraktion es nach der Oberbürgermeisterwahl für sinnvoll erachte.

Daraufhin zog **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, seinen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zurück.

Herr Kley, FDP-Fraktion, teilte mit, dass der Bereich Umwelt in seiner damaligen Zuständigkeit zum Ausschuss für Planungsangelegenheiten nicht besonders nachhaltig diskutiert wurde. Demzufolge sei bei Zustimmung zum Antrag nicht von einer Verbesserung auszugehen.

Weiterhin machte **Herr Kley** deutlich, dass die Zuordnung des Bereiches Umwelt im Bereich Ordnung fachlich zweckmäßiger sei, da der Vollzug der unteren Behörde, wie z. B. hinsichtlich des Immissions-, Boden- und Wasserschutzes, das Ordnungsrecht betreffe.

Zudem sei es nicht notwendig, Bebauungspläne im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zu diskutieren, da sich der Umweltbericht von Bebauungsplänen aus dem Baurecht ableite und demzufolge im Ausschuss für Planungsangelegenheiten beraten werden könne.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

1. *Die Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird wie folgt geändert:*
 - a) *Neue Fassung § 5, Absatz 1, Ziffer 10
„Ausschuss für Planungs- **und Umweltangelegenheiten** mit 11 Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern*
 - b) *Neue Fassung § 5, Absatz 1, Ziffer 11
„Ausschuss für **Ordnungsangelegenheiten** mit 11 Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnern*
2. *Die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates wird im Abschnitt II „Beratende Ausschüsse im Sinne des § 48, Absatz 1 Gemeindeordnung LSA – 7. Ausschuss für Planungsangelegenheiten wird wie folgt geändert*

- a) Der Ausschuss wird in „Ausschuss für Planungs- **und Umweltangelegenheiten**“ umbenannt.
- b) Bei den Empfehlungsrechten des Ausschusses werden die Punkte 12 und 13 hinzugefügt:
12. Beratung auf den Gebieten des Umweltschutzes auf der Grundlage von Bundes- und Landesrecht sowie Rechtsverordnungen und Satzungen insbesondere in den Bereichen:
- Naturschutz
 - Immissionsschutz
 - Abfall und Altlasten sowie Wasser (einschließlich Gewässer und Grundwasser) und Abwasser
13. Angelegenheiten, die der Verbesserung der Umweltqualität dienen.
- c) Unter Ziffer 8 wird der Ausschuss für Ordnung- und Umweltangelegenheiten in „**Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten**“ umbenannt. Die Punkte 7 und 8 der Empfehlungsrechte werden unter diesem Ausschuss gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt
durch Antragsteller

**zu 6.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
Beratung von Bebauungsplänen im Ausschuss für Ordnungs- und
Umweltangelegenheiten
Vorlage: V/2011/10247**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, stellte den Antrag seiner Fraktion aufgrund der Diskussion zum TOP 6.4 ebenfalls bis nach der Oberbürgermeisterwahl in der Stadt Halle zurück.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bat um Klarstellung durch die Antragsteller, wann die Anträge zu TOP 6.4 und TOP 6.5 erneut eingebracht werden. Die Oberbürgermeisterwahl finde am 17. Juni 2012 statt, die Amtsübernahme erfolge allerdings erst Ende November 2012.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass die erneute Einbringung nicht direkt nach der Oberbürgermeisterwahl erfolge, sondern zu einem geeigneten Zeitpunkt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt,

die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle zu erweitern, in dem die Empfehlungsrechte des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten um folgenden Punkt ergänzt werden:

- *Beratung von Bebauungsplänen im Hinblick auf ihre Umweltverträglichkeit*

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt
durch Antragsteller

zu 6.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362

zu 6.6.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" (V/2010/09362)
Vorlage: V/2011/10191

Herr Kley, FDP-Fraktion, teilte mit, dass das Anliegen seiner Ansicht nach lobenswert und insbesondere für die Gleichstellung von Bedeutung sei. Dennoch habe er Interesse an einem Bericht derjenigen Städte, die dieser Charta bereits beigetreten sind und ob hier positive Veränderungen aufgetreten seien.

Er betonte, dass sich der Beitritt nur lohne, wenn danach eine Verbesserung eintrete. Der Beitritt zur Charta bedeute zusätzlichen Aufwand für die Verwaltung. In Anbetracht der knappen Personaldecke solle nachgedacht werden, wie dies bewältigt werden könne.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging auf die Fragen von Herrn Kley ein. Er stellte dar, dass es sich um einen relativ neuen Prozess handele. Es seien viele Städte, die dieser Charta derzeit beitreten bzw. Aktionspläne aufstellen. Demnach gebe es auch kaum Erfahrungen mit Aktionsplänen.

Weiterhin sei der Erfolg des Aktionsplanes abhängig von allen Beteiligten. Es sollen nicht die Ergebnisse und Fehler anderer Städte abgewartet werden, sondern man wolle eine eigene Umsetzung erzielen, um zu einem positiven Ergebnis zu gelangen.

Es sei an der Zeit, den Beitritt zur Charta zu beschließen, um auch anderen Städten zu berichten, was die Stadt Halle gemacht habe. Neben den bisherigen eindeutigen Voten der Ausschüsse, zeige auch das eigens dafür stattgefundene Forum, dass auch inhaltlich ein großer Schritt nach Vorn gemacht wurde.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., teilte mit, dass im Hinblick auf die sehr gute Veranstaltung, die gemeinsam durch die Stadt und die Fraktionen getragen wurde, die Fraktion DIE LINKE. sich dem Antrag zum Beitritt zur Charta anschließen werde. Weiterhin sagte er, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht folgen könne. Die Forderung zur kostenneutralen Erstellung eines Gleichstellungsaktionsplanes sei nicht nachvollziehbar. Es sei unumgänglich, dass die Aufstellung eines Aktionsplanes auch Arbeit für die Stadtverwaltung bedeute und damit auch mit Kosten verbunden sei. Kostenneutralität müsse an dieser Stelle durch die CDU-Fraktion definiert werden.

Die Mitarbeiter, die an der Aufstellung des Planes beteiligt sind, verursachen Kosten, wie auch beispielsweise notwendige Druckleistungen. Nach Auffassung von Herrn Lange sei Kostenneutralität völlig absurd, außer es liege eine andere Definition vor.

Auch Herr Lange bestätigte, dass es an der Zeit für eine Beschlussfassung sei. Er bedauerte, dass sich nicht viele Ausschüsse mit dieser Thematik beschäftigt haben, obwohl es sich hierbei um ein Querschnittsthema handele.

Herr Krause, SPD-Fraktion, bezog sich auf die Aussagen von Herrn Kley und machte deutlich, dass es nicht nur darum ginge, welche Wirkung entfaltet werde. Es handele sich hierbei um eine Europäische Charta und nicht um einen in Halle ausgedachten Text, der zur Diskussion gestellt wurde. Er wies darauf hin, dass die Charta einen tieferen Hintergrund habe. Seiner Meinung nach können sich Menschen in der Stadt auch auf die Charta berufen, sollte es zur Beschlussfassung kommen. Sollten sie einen Ungleichbehandlungsachverhalt an sich selbst oder anderen Menschen in der Stadt feststellen, können sie sich auf die Charta berufen.

Es stelle zwar keine Rechtsgrundlage im eigentlichen Sinne dar, dennoch sei es ein Bekenntnis, zu dem sich die Stadt freiwillig verpflichte. Dies habe außerdem seinen Wert in einer Demokratie.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bezog sich auf die Frage von Herrn Lange zur Kostenneutralität im Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Er erklärte, dass hier keine externen Kosten entstehen sollen. Weiterhin bestätigte er, dass durch den Arbeitsaufwand Kosten verursacht werden, diese seien jedoch nur intern.

Im Folgenden ging er auf die seiner Meinung nach gemachte Aussage zur schnellen Beschlussfassung von Herrn Lange ein. Es handele sich hierbei um Klischees. Man wolle sich mit der Beschlussfassung einer Europäischen Charta brüsten. Diese Rechte können durch jeden eingeklagt werden aber nicht auf der Basis dieser Charta eingefordert werden.

Die bereits erwähnte Veranstaltung habe Kosten verursacht. Gleichzeitig seien Gleichstellungsprojekte in der Finanzierung gekürzt worden. Ohne Widerrede sei dies hingenommen worden, so dass es seiner Meinung nach eine Farce sei.

Es liegen entsprechende Rechtsgrundlagen zur Gleichstellung vor.

Abschließend bat Herr Bönisch um Zustimmung des Änderungsantrages.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., stellte in Frage, dass er eine schnelle Beschlussfassung gefordert habe und teilte mit, dass er eine flapsige Ausdrucksweise gewählt habe. Erneut bekräftigte er, dass es der richtige Schritt sei, sich dieser Charta anzuschließen.

Von einer schnellen Beschlussfassung könne zudem nicht die Rede sein, da dieser Antrag erstmalig am 15.12.2010 im Stadtrat gestellt wurde. Er zeigte auf, dass die Beratungen sehr langwierig waren und einige Ausschüsse sich mit dieser Thematik nicht beschäftigt haben, so dass sich aus der Diskussion heraus der Vorschlag zu dieser Veranstaltung entwickelt habe.

Diese Veranstaltung sei positiv verlaufen und habe sicherlich auch Kosten verursacht, doch könne man dies nicht in dem Zusammenhang bringen, dass dadurch Gleichstellungsprojekte nicht finanziert worden. Es bleibt abzuwarten, wie die Stadtverwaltung bei einem nicht bestätigtem Haushalt damit umgehe. Weiterhin warte er gespannt auf die Situation in den Ausschüssen, wenn Gleichstellungsprojekte behandelt werden. Es liege in der Hand der Stadträte, ob mehr oder weniger Geld für die Projekte ausgegeben werde.

Es sei seiner Meinung nach vernünftig, sich der Charta anzuschließen und dementsprechend zu handeln. Er fügte hinzu, dass er auf die zukünftige Handhabung mit Gleichstellungsprojekten sowie dem Umgang damit im Stadtrat gespannt sei.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich zu den Kosten der Veranstaltung. Seiner Meinung nach sei das Teuerste die Rosen gewesen, die abschließend an alle Teilnehmer ausgegeben worden.

Die Moderationen wurden von den Fraktionsvorsitzenden bzw. Mitgliedern der Fraktionen übernommen und auch die Referenten haben seines Wissens die Vorträge ohne Honorare gehalten. Demnach sei es kein relevanter Kostenposten gewesen. Weiterhin habe es sich dabei um ein bedeutsames Gleichstellungsprojekt von Politik und Stadt gehandelt.

Innerhalb der CDU-Fraktion solle sich verständigt werden, da die anwesenden Räte der CDU-Fraktion am Ende der Veranstaltung ein positives Fazit der Tagung gezogen haben.

Gern hätte er gesehen, dass dies weitergetragen worden wäre, damit auch die nicht anwesenden Stadträte ein anderes Bild in Bezug auf die Charta gehabt hätten, denn die Teilnehmer fanden die Veranstaltung gut.

Dann könne man die breite Mehrheit von der guten Sache überzeugen, um zur Beschlussfassung zu kommen, damit die Umsetzung erfolgen könne.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, merkte an, dass er mit Anträgen, die nur auf Papier gedruckt werden immer seine Schwierigkeiten habe. Er befürchte, dass aneinander vorbei geredet werde, so, wie wenn man über Frieden reden würde. Selbstverständlich sei jeder für Frieden, nur seien oftmals die Mittel und Wege unterschiedlich.

Auch sei in der CDU-Fraktion Gleichstellung ein Thema, nur werde darüber abgekühlter diskutiert und damit umgegangen.

Als problematisch sehe er es an, dass man sich auf dieser Ebene schnell moralisch festlege. Weiterhin sei er der Meinung, dass auch immer eine Portion Aktionismus dahinter stehe, zumindest seien diese beiden Themenfelder nicht auszuräumen.

Ein nüchternes Herz sei demnach manchmal auch ein vernünftiges Herz. An den Stellen, an denen um Meinung gebeten wird, werde diese auch mitgeteilt.

Die Deklaration nütze letztendlich nichts. Es werde Papier beschrieben und manches sei auch Makulatur. Aus diesem Grund sei die CDU-Fraktion an manchen Stellen eben nüchterner, dennoch für den Frieden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, nimmt zur Kenntnis, dass ihm keine Änderungen in einer Kommune aufgezeigt wurden, nachdem diese der Charta beigetreten seien. In Europa gebe es eine Diskriminierungsrichtlinie, das Deutsche Recht werde durch die Bundesregierung umgesetzt und seit langem gebe es das Grundgesetz, wonach alle Menschen gleich seien.

Herr Kley könne nicht erkennen, dass durch den Beitritt dieser Charta in der Stadt Halle eine rechtliche Änderung bewirkt werde. Auch vertraue er nicht darauf, dass die Stadtverwaltung nach Beschlussfassung anders agieren werde. Schon immer wurden die allgemeinen Grundsätze der Gleichstellung in Deutschland beachtet. Er fügte hinzu, dass bei allen Projekten versucht wurde, diese durchzusetzen.

Er bestätigte zudem die Aussagen von Herrn Bartl, dass es nicht notwendig sei, jede Charta in Halle beschließen zu lassen, wenn dadurch keine wirklichen Änderungen erfolgen. Seiner Meinung nach müsse eine Selektion der Beitritte erfolgen, da sonst die Gefahr bestünde, dass es niemand mehr ernst nehme. Die vorliegende Charta werde weder etwas an der gegenwärtigen Situation in Halle noch in Deutschland ändern.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Äußerungen von Herrn Kley und fragte nach den bisherigen Beitritten und bei welchen von denen sich nichts geändert habe.

Keiner der Anwesenden könne ad hoc eine substantielle Antwort geben. Demnach sei es für ihn nicht nachzuvollziehen, weshalb erwartet werde, kurzfristig auf die Frage von Herrn Kley nach den Veränderungen in anderen Städten antworten zu können.

Bezugnehmend auf die Nüchternheit, welche Herr Bartl während der Diskussion ansprach, entgegnete er, dass die beteiligten Fraktionen innerhalb und untereinander dieses Thema vollkommen nüchtern betrachten und fügte hinzu, dass es zu Aufregung komme, wenn sich die CDU-Fraktion daran beteilige.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte nach, ob es an der anderen Meinung der CDU-Fraktion läge.

Herr Paulsen, antwortete, dass es an der Art und Weise der Diskussion liege. Seiner Meinung nach sei es nicht zielorientiert, mit der Gleichstellung im Grundgesetz zu argumentieren.

Die Charta stellt eine Handlungsempfehlung für den Rahmen, der thematisch Systeme öffnet, dar. Entsprechend dem Antrag soll die Stadt einen Aktionsplan erstellen, der dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Insofern sei die Argumentation, emotional der Sache gegenüber zu stehen und sinnlos Papier vollzuschreiben, gegenstandslos, da es sich hier um einen Auftrag an die Stadt handele, Systeme zu entwickeln, die dann im Rat besprochen werden.

Sollten dann die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht den Vorstellungen entsprechen, könne darüber diskutiert werden und nicht bereits vor Projektentwicklung.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache.

Grundlage der Demokratie sei eine Auseinandersetzung, eine Diskussion bei der man in der Lage sei, die Argumente des anderen zu hören, ohne persönlich zu werden.

Ein Vorankommen sei durch die Redebeiträge nicht erkennbar, da seiner Meinung nach alle Beteiligten sich bereits festgelegt haben.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bat um Gegenrede, da er den Standpunkt der Stadtverwaltung zu diesem Antrag wissen wolle.

Er merkte zudem an, dass die Verwaltung bereits in der Stellungnahme angab, den Antrag in die Fachausschüsse zu verweisen, um da die Diskussionen zu führen. Diese haben mittlerweile stattgefunden, so dass er nun die Meinung der Verwaltung dazu hören wolle.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag.

Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Krause auf Abbruch der Debatte und Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

4 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, teilte mit, dass er gegen den Geschäftsordnungsantrag gestimmt habe, da er der Meinung sei, dass diese Diskussion zu dem Prozess gehöre. In vielen Ausschüssen wurde die Diskussion nicht oder nur zum Teil geführt, so dass es relativ schnell zu einer Abstimmung gekommen sei, die in allen Ausschüssen mit einer Zustimmung und wenigen Gegenstimmen geendet habe.

Es sei richtig, im Hauptausschuss die verschiedenen Positionen zu hören. Gleichzeitig sei er verwundert darüber, dass sowohl die CDU-Fraktion als auch Herr Kley sich dem Thema Gleichstellung zurückhaltend verhalten.

Der Antrag beinhaltet eine Charta, die es möglich macht, einen Prozess mit überprüfbaren Kriterien zu beginnen, welche erstmals im Stadtrat festgelegt werden würden und auch überregional anerkannt wären. Demnach sei der Hinweis von Herrn Kley nach den Veränderungen in anderen Städten richtig.

Seiner Meinung nach liegt ein Veränderungs- und Handlungsbedarf vor. Es sei nur noch nicht bei allen Beteiligten fundiert verankert. Es ginge nicht nur um die Gleichstellung von Mann und Frau und den verschiedenen Lebensformen.

Es handelt sich hier um einen Prozess der angestoßen wird - der Stadtratsbeschluss zur Charta und dann das von der Verwaltung vorzulegende Handlungskonzept, bei dem die Möglichkeiten der Mitgestaltung vollumfänglich genutzt werden sollen.

Mit der Charta hat man Material, bestimmte Sachen zu überprüfen und zu kritisieren. Es handelt sich hier um ein Instrument, welches weit über „irgendeine“ Form hinaus ginge, anders als bei symbolischen Anträgen.

Es handelt sich hier eben nicht um einen symbolischen Antrag, sondern um einen wirklichen Prozess der begonnen werden soll.

Seine Fraktion werde das Anliegen einstimmig unterstützen.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte an, dass die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag gestellt habe und nicht beabsichtige den damit geänderten Antrag abzulehnen. Weiterhin machte er deutlich, dass die CDU-Fraktion sich dieser Thematik gegenüber nicht verschließe.

Abschließend fragte er die Verwaltung, wie sie zu diesem Antrag stehe.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, äußerte, dass es sich hierbei um einen Versuch zu einem Brückenschlag handele. Es sei nicht alles verbal zu regeln. Auch in der Behandlung dieser Fragen gebe es mentale Unterschiede.

Herr Bartl fügte hinzu, dass er von der Kanzel viele Predigen höre, doch das Handeln im

Nachhinein ein ganz anderes sei. Nicht immer zeigen die verkündeten Dinge ihre Wirkung, sondern auch die im Verborgenen.

Es gebe nicht viel Neues unter Himmel und Erde, so dass man sich den Verdacht von Schall und Rauch gefallen lassen müsse, wenn immer wieder Neues hervorgeholt werde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bestätigte die seltsame Art und Weise der Diskussion.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion sei nicht gegen den Beitritt der Charta gerichtet. Das Problem sei jedoch, dass die Argumente so vorgetragen worden, dass dem so wäre.

Aus den hervorgebrachten Argumenten erkenne er, dass der Änderungsantrag nur aus taktischen Gründen gestellt wurde. Der eigentliche Zweifel bestehe an der Aufstellung eines Gleichstellungsaktionsplanes. Aus dem Antrag solle ein Prüfauftrag gemacht werden und anschließend solle die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten, ob ein Aktionsplan überhaupt erarbeitet werden soll. Dies unterscheide beide Anträge voneinander.

Die Fraktion DIE LINKE. werde dem Antrag zustimmen, da es notwendig sei, dass ein Gleichstellungsaktionsplan als immanenter Bestandteil zum Beitritt der Charta erforderlich ist.

Er fügte hinzu, dass es in der gestrigen Finanzausschusssitzung bei dem Thema Personalbericht deutlich wurde, dass an der einen oder anderen Stelle zukünftig Veränderungen erforderlich seien. Dies könne mit Hilfe eines Gleichstellungsaktionsplanes gelingen.

In dem Aktionsplan müssen zudem Ziele miteinander vereinbart werden, diese wiederum solle die Politik bestimmen. Insofern sei es ein notwendiger Schritt.

Herr Bürgermeister Geier teilte mit, dass die Meinung der Verwaltung sei, dass das Ansinnen dieser Charta unbedingt unterstützt werden müsse.

Aus seiner Sicht sei dies zweigeteilt. Zum einem die bereits bestehenden Bemühungen der Verwaltung in Bezug auf die Gleichstellung, gleichwohl es immer wieder Themen gebe, die zu verbessern seien.

Außerdem solle nicht unterschätzt werden, dass man durch einen Stadtratsbeschluss dieses Gleichstellungsthema auf das gesamte Stadtgebiet erweitert. Auf Grundlage dieser Charta könne man Aktionspläne und Programme gestalten, die dann, wie bereits von Herrn Wolter dargestellt, messbar und überprüfbar seien. Es sei an dieser Stelle festzuhalten, dass dies in der bisherigen Form nicht der Fall sei.

Ein anderer Aspekt sei die vorherrschende Stimmungslage. Er fügte die gemachte Erfahrung einer von ihm besuchten Veranstaltung hinzu. Hierbei ging es um die Frage, wie man Fachkräfte und junge Leute in die Stadt bekomme. Interessant war, dass das Gemeinwesen sowie die Gleichstellung von Mann und Frau ausschlaggebend sei. Dies sei somit eine Frage, wie man außerhalb der Stadtgrenzen wahrgenommen werde.

Die Stadtverwaltung habe nicht die Absicht, zusätzliche Kosten zu verursachen, zudem würde dies nicht mit der aktuellen finanziellen Situation der Stadt konform sein. Es sollen die vorhandenen stadtinternen Möglichkeiten genutzt werden. In Persona Frau Wildner, auf die einiges an Arbeit und Koordinationsaufwand zukommen werde. Erneut teilte er mit, dass die Stadtverwaltung den Beitritt zur Charta befürworte.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, teilte mit, dass sie während ihrer langjährigen Tätigkeit als Stadträtin eine Vielzahl dieser Anträge oder Beitrittserklärungen erfahren sowie die Bildung von Präventionsräten miterlebt habe.

In diesem Zusammenhang fragte sie, ob ein Resümee vollzogen werde, um die Wirkung auf die Bevölkerung zu erfragen. Als Beispiele nannte sie die *Aktion Zivilcourage* und fügte hinzu, dass mittlerweile keine Gespräche mehr laufen.

Die CDU-Stadtratsfraktion habe schon seinerseits die Meinung vertreten, dass derartige Aktionen nicht zielführend seien.

Sie fragte diesbezüglich die Verwaltung nach der Bilanz dieser Aktion. Neben den entstandenen Kosten erfragt sie, ob diese Aktion eine Erziehungswirkung im Vergleich zu den Städten, die sich der Aktion nicht angeschlossen haben, hat.

Sie merkte weiterhin an, dass es sich offensichtlich um ein Männerproblem handeln müsse, da sich bislang ausschließlich Männer an der Diskussion beteiligt haben.

Herr Krause, SPD-Fraktion, ging auf die Anmerkungen von Frau Dr. Bergner ein und teilte mit, dass es sich hierbei um eine Aktion der Initiative *Zivilcourage* gehandelt habe, an der auch er sich beteiligt habe.

Es könne aus der Vielzahl stattgefundener Gespräche eine Änderung der Denkweisen festgestellt werden.

Er hielt fest, dass Bildung und deren Zusammenhänge nicht messbar seien. Diese Arbeit müsse ständig geleistet werden, da gerade junge Menschen, die diesen Erfahrungshorizont nicht haben, immer wieder neu herangeführt werden müssen.

Besonders solche Themen seien nicht messbar. Diese Bildung und Bewusstseinsbildung müsse kontinuierlich stattfinden, so wie es im Bildungsbereich stattfindet.

Er stimmte den Äußerungen des Herrn Bürgermeisters Geier zu, dass die Stadt Halle eine positive Wirkung nach Außen habe, wenn sie sich aktiv zur Gleichstellung bekenne und entsprechend sich verhalte.

Herr Bürgermeister Geier bezog sich auf die Argumentation von Frau Dr. Bergner und stellte dar, dass es sich bei diesem Antrag um eine grundsätzliche Entscheidung handele. In diesem Rahmen sei es nicht sachdienlich, verschiedene Detailvorgänge oder Themen anzubringen und er bat darum, sich auf den vorliegenden Antrag zu konzentrieren.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bürgermeister Geier bat um Abstimmung des Änderungsantrages sowie des Antrages.

- zu 6.6.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" (V/2010/09362)**
Vorlage: V/2011/10191

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlusspunkt 2 erhält folgende Formulierung:

2. Die Stadtverwaltung prüft, ob die Erstellung eines Gleichstellungs-Aktionsplanes notwendig ist und legt gegebenenfalls dem Rat einen Beschlussvorschlag vor.

Der Beschlusspunkt 3 wird neu eingefügt:

3. Die Erstellung eines Gleichstellungs-Aktionsplanes, ~~die mit zusätzlichen Kosten verbunden wäre, ist untersagt~~ **hat kostenneutral zu erfolgen.**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

4 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

-
- zu 6.6 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"**
Vorlage: V/2010/09362

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, den Beitritt der Stadt Halle (Saale) durch die Unterzeichnung der Urkunde zur Charta beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu bekunden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, sowie regelmäßig über den Entwicklungsstand im Sozial, Gesundheit- und Gleichstellungsausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

7 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

3 Enthaltungen

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.2 Personalbericht 2012 der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2012/10489

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Herr Bürgermeister Geier informierte über den Teilwiderrufsbescheid des Landesverwaltungsamtes hinsichtlich der Verwendung der Veräußerungserlöse aus dem VNG-Anteilsverkauf. Diesen Bescheid haben die Fraktionen am 15.03.2012 per E-Mail zur Kenntnis erhalten.

Herr Bürgermeister Geier teilte mit, dass das „Jahr der Wissenschaft“ in der Stadt Halle mit der Fahrt der Techniklinie 5 von Bad Dürrenberg nach Halle am 30.03.2012 eröffnet werde und lud alle Stadträte dazu herzlich ein.

Herr Bürgermeister Geier teilte mit, dass sich der Mexikanische Botschafter am 28.03.2012, 14:00 Uhr in das Gästebuch der Stadt Halle eintragen werde. Die Oberbürgermeisterin sei dort ebenfalls anwesend, so dass mit der Stadtratssitzung erst nach der Gästebucheintragung ca. 14:15 Uhr begonnen werden könne.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., verwies auf die Vertreterregelung für die Oberbürgermeisterin.

Herr Bürgermeister Geier entgegnete, dass die Oberbürgermeisterin von Beginn an an der Stadtratssitzung teilnehmen wolle, um die an sie gerichteten Einwohnerfragen beantworten zu können.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, merkte an, dass er in seiner Funktion als Stadtratsvorsitzender seitens der Verwaltung dazu befragt wurde und er dem verspäteten Beginn zugestimmt habe.

Herr Bürgermeister Geier informierte über den heutigen Geburtstag von Hans-Dietrich Genscher. Aufgrund seines aktuellen Gesundheitszustandes wurde in Abstimmung mit ihm der vorgesehene Empfang in der Stadt Halle verschoben. Sobald sich nach seiner Genesung auf einen neuen Termin verständigt wurde, erhalten die Stadträte eine entsprechende Mitteilung.

Das zu seinen Ehren geplante Konzert am 29.03.2012, 20:00 Uhr in der Georg-Friedrich-Händel HALLE finde dennoch statt. Dazu seien die Stadträte und die Bürger der Stadt Halle recht herzlich eingeladen.

Die Oberbürgermeisterin habe Herrn Genscher am 20.03.2012 im Zuge der Geburtstagsglückwünsche darüber informiert.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bezog sich auf die Entfernung der Sträucher und Gehölzer am Glauchaer Platz und fragte, weshalb der dort vorhandene Abfall im Zuge dessen nicht beseitigt wurde und wann dies erfolge.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, sagte eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, äußerte sich entsprechend der Diskussionen im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Parkeisenbahn Peißnitzexpress mit folgenden Fragen:

Gibt es eine Sponsoringvereinbarung?

Ist der Betrieb der Parkeisenbahn Peißnitzexpress über Sponsoring oder städtische Mittel bzw. die HAVAG gesichert?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass der Betrieb der Parkeisenbahn Peißnitzexpress gesichert sei. Der bestehende Vertrag mit dem Förderverein laufe Ende dieses Jahres aus und könne erst zum 01.01.2013 gekündigt werden.

Mit der Firma GP Günter Papenburg AG und anderen Unternehmen wurden Sponsoren gefunden. Die HAVAG als Betreiber der Parkeisenbahn Peißnitzexpress sowie der Förderverein verhandeln derzeit mit den Sponsoren. Im Ergebnis dessen werde der Anteil der städtischen Förderung in Höhe von ca. 80.000 € deutlich geringer, so dass abzüglich der Einnahmen des Fördervereins und der Sponsorenleistungen die Stadt Halle maximal 15 % der Kosten zu tragen habe.

Nach Aussage des Vorstandes der HAVAG stünden die Verhandlungen mit den Sponsoren unmittelbar vor dem Abschluss. Die Stadträte werden nach verbindlichem Abschluss der Sponsoringverhandlungen entsprechend informiert.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, ob die Sponsoringvereinbarung erst ab dem Jahr 2013 gelte.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, verneinte dies. Die Sponsoren wollen bereits in diesem Jahr die Parkeisenbahn unterstützen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., sowie Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragten nach der weiteren

Verfahrensweise mit der im bestehenden Vertrag zugesagten Leistung in Höhe von 80.000 € in diesem Jahr.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass entsprechend des Vertrages ein finanzieller Zuschuss der Stadt Halle in Höhe von bis zu 80.000 € geregelt sei. Aufgrund der städtischen Haushaltssituation war vorgesehen, diesen Zuschuss zu streichen. Durch die nun zugesagte Unterstützung der Sponsoren konnte die Streichung durch die Verwaltung zurückgezogen werden. Nach Abschluss der Sponsoringvereinbarung sowie abzüglich der Einnahmen des Fördervereins aus dem Fahrbetrieb sei davon auszugehen, dass die Stadt Halle nur einen geringen Anteil zahlen müsse.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bezog sich auf die städtische Unterstützung von Schulpartnerschaften und äußerte sich mit folgenden Fragen:

Sind finanzielle Mittel seitens der Stadt für Schulpartnerschaften vorgesehen?
Wenn ja, wie hoch sind diese und in welcher Haushaltsstelle sind sie veranschlagt?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass dafür normalerweise im Haushalt des Jugendamtes oder des Schulverwaltungsamtes finanzielle Mittel eingestellt werden. Aufgrund der städtischen Haushaltssituation seien aber keine finanziellen Mittel im Haushalt vorgesehen. Lediglich im Rahmen der Städtepartnerschaften könne eine Unterstützung erfolgen.

Herr Bartl, CDU-Fraktion, regte in dem Zusammenhang an, dass die Verwaltung eine Richtlinie hinsichtlich der finanziellen Unterstützung von Städtepartnerschaften sowie Schulpartnerschaften erarbeite und dem Stadtrat vorlege.

Herr Bürgermeister Geier nahm die Anregung auf.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, teilte mit, dass am morgigen Tag sowohl die Sitzung des Verwaltungsrates der BeteiligungsManagementAnstalt um 16:00 Uhr als auch die Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften um 16:30 Uhr stattfinden.

Herr Bönisch kritisierte diese Terminüberschneidung und fragte nach den Gründen. Weiterhin fragte er, an welcher Sitzung Herr Bürgermeister Geier teilnehmen werde und bat um eine Empfehlung, an welcher Sitzung er teilnehmen soll.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass am morgigen Tag ebenfalls die Landtagssitzung stattfinden.

Herr Bürgermeister Geier brachte zum Ausdruck, dass es sich hierbei aufgrund der erforderlichen Haushaltsberatungen und zeitlichen Beratungsfolge um eine Ausnahme handele. Die Verwaltung sei bemüht, Terminüberschneidungen zu vermeiden. Im vorliegenden Fall sei dies allerdings nicht möglich gewesen.

Zudem informierte **Herr Bürgermeister Geier** darüber, dass er an der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften teilnehme.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte im Zusammenhang mit der Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten nach dem Planungsstand Baumaßnahme Kröllwitzer Straße.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Seines Erachtens sei die Maßnahme Radweg in der Investitionsprioritätenliste für dieses Jahr zugeordnet und befinde sich in der Endphase der Planung.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte hinsichtlich der im Haushaltsplanentwurf aufgeführten Einnahmen in Höhe von 1,2 Mio. € aus Grundstücksverkäufen, um welche Grundstücke es sich hierbei handele und ob möglicherweise weitere Verkäufe erwartet werden.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass sich im gestrigen Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften darauf verständigt wurde, den dazu vorliegenden Antrag im Rahmen der abschließenden Haushaltsberatung zu behandeln.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass der dazu vorliegende Antrag nicht relevant sei. Er wolle die Grundstücksverkäufe detailliert aufgeschlüsselt haben.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass die Verwaltung zu dem Antrag unterschiedliche Auskünfte gegeben habe. Um diese vorerst klären zu können, wurde sich im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften darauf verständigt, den Antrag in der abschließenden Haushaltsberatung zu behandeln. Dieser Antrag stünde im Zusammenhang mit der von Herrn Paulsen gestellten Anfrage.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, dass die Beantwortung seiner mündlichen Anfrage nicht erst zur abschließenden Haushaltsberatung vorliege, sondern bereits zuvor, um sich auf die Sitzung entsprechend vorbereiten zu können.

Herr Bürgermeister Geier sagte dies zu.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf seine Anfrage aus der letzten Hauptausschusssitzung hinsichtlich des Zugriffs auf nichtöffentliche Unterlagen für sachkundige Einwohner. Entsprechend der heute ausgehändigten Antwort der Verwaltung können die sachkundigen Einwohner nur die nichtöffentlichen Unterlagen im Ratsinformationssystem „Session“ einsehen, welche für sie in ihrem Ausschuss relevant seien.

Herr Wolter teilte mit, dass er die Antwort nicht nachvollziehen könne, da zum Teil übergreifende Sachverhalte behandelt werden und die sachkundigen Einwohner Bestandteil der Ausschüsse seien. Insofern sollten diese auch alle nichtöffentlichen Unterlagen einsehen können.

Demzufolge bat **Herr Wolter** um eine erneute Prüfung, dass die sachkundigen Einwohner dieselben Rechte erhalten wie die Stadträte. Zudem bat er Herrn Bartl in seiner Funktion als Stadtratsvorsitzenden darum, sich dem anzunehmen.

Herr Bürgermeister Geier sagte eine erneute Prüfung zu.

Herr Krause, SPD-Fraktion, erklärte, dass in den Ausschusssitzungen seitens der Verwaltung oftmals Austauschblätter, Änderungsanträge und anderweitige Ergänzungen ausgehändigt werden. Dabei habe sich herausgestellt, dass die Fraktionsgeschäftsstellen diese Unterlagen nicht immer vollständig erhalten. Dies wäre problematisch, da die Stadträte insbesondere zu den Haushaltsberatungen auf die Zuarbeit ihrer Geschäftsstelle angewiesen seien.

Herr Krause bat darum, dass zukünftig darauf geachtet werde, dass die Fraktionsgeschäftsstellen die vollständigen Unterlagen erhalten.

Herr Bürgermeister Geier sagte dies zu.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

zu 10 **Anregungen**

Herr Bartl, CDU-Fraktion, regte an, dass die Dachspitze der Marktkirche zwischen den Hausmannstürmen mit einem warmen Lichtton angestrahlt werde. Sollte dies nicht kostenneutral erfolgen können, wäre die Gemeinde der Marktkirche bereit, die Finanzierung zu übernehmen. Eine Vielzahl von Bürgern sei nicht erfreut über den derzeitigen kalten Lichtton.

Weiterhin merkte **Herr Bartl** an, dass er dies vor einiger Zeit bereits angeregt habe, jedoch bisher keine Umsetzung erfolgte.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, entgegnete, dass der Sachverhalt im Bereich Stadtbeleuchtung dem Straßentiefbauamt zur Prüfung vorliege.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Bürgermeister Geier beendete die 30. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Egbert Geier
Bürgermeister

Anja Schneider
stellv. Protokollführerin